

Huschner, Anke

"Geregelter" Zugang zum Abitur in den 1970er Jahren?

Zeitschrift für Pädagogik 47 (2001) 6, S. 819-824



Quellenangabe/ Reference:

Huschner, Anke: "Geregelter" Zugang zum Abitur in den 1970er Jahren? - In: Zeitschrift für Pädagogik 47 (2001) 6, S. 819-824 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-43178 - DOI: 10.25656/01:4317

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-43178>

<https://doi.org/10.25656/01:4317>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ

<http://www.beltz.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 47 - Heft 6 - November/Dezember 2001

Thema: Die Transformation der Schule

- 801 DIETRICH BENNER/HANS MERKENS
Die Transformation der Schule. Einleitung in den Thementeil
- 811 PETER DREWER
Bildungssysteme und Bildungsexpansion in Deutschland.
Zur Entwicklung ihres Verhältnisses im historischen Vergleich
- 819 ANKE HUSCHNER
„Geregelter“ Zugang zum Abitur in den 1970er Jahren
- 825 ANNE WESSEL
Entwicklung der Bildungsnachfrage im Übergang von der
DDR zur BRD
- 837 RENATE VALTIN/HEIDRUN ROSENFELD
Zehn Jahre nach der Wende: Elterliche Einstellungen zur Schule im
Ost/West-Vergleich
- 847 HELMUT KÖHLER
Zensur, Leistung und Schulerfolg in den Schulen der DDR
- 859 PETRA GRUNER/GERHARD KLUCHERT
Erziehungsabsichten und Sozialisationswirkungen.
Die Schule der SBZ und frühen DDR zwischen politischer
Instrumentalisierung und institutioneller Eigenlogik
- 869 HENNING SCHLUSS
Intentionen und Legitimationsstrategien staatsbürgerlicher Erziehung
und politischer Bildung

Weitere Beiträge

- 879 CLEMENS ALBRECHT
Werteerziehung und Werturteilskraft. Die Aktualität einer alten Debatte
- 893 WOLFGANG BÖTTCHER
Ist ein Dialog zwischen Pädagogik und Ökonomie möglich?
Eine Diskussion am Beispiel von Anreizsystemen und Schulentwicklung

- 913 PETRA BUTZ/HEINZ REINDERS
Entwicklungswege Jugendlicher zwischen Transition und Moratorium
- 929 LUDWIG HAAG/ULRIKE VON HANFSTENGEL/HANS-DIETRICH DANN
Konflikte in den Köpfen von Lehrkräften im Gruppenunterricht

Diskussion

- 943 MANFRED LÜDERS
Was hat es mit dem Konzept der Einwirkung auf sich? Oder: Was ist und wie wirkt pädagogisches Handeln? Eine Replik auf einen Beitrag von PH. Ludwig zum Thema: Einwirkung als unverzichtbares Konzept jeglichen erzieherischen Handelns

Besprechungen

- 951 ANDREAS HELMKE
Jürgen Baumert/Wilfried, Bos/Rainer Lehmann (Hrsg.): TIMSS/III. Dritte Internationale Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie. Band I: Mathematische und naturwissenschaftliche Grundbildung am Ende der Pflichtschulzeit; Band II: Mathematische und physikalische Kompetenzen am Ende der gymnasialen Oberstufe
- 957 ANDREAS FLITNER
Till von Rahden: Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925
- Andreas Gotzmann/Rainer Liedtke/Till von Rahden* (Hrsg.): Juden, Bürger, Deutsche. Zur Geschichte von Vielfalt und Differenz 1800-1933
- Andrea Hopp*: Jüdisches Bürgertum in Frankfurt am Main im 19. Jahrhundert
- Elisabeth Kraus*: Die Familie Mosse. Deutsch-jüdisches Bürgertum im 19. und 20. Jahrhundert
- 965 BENNO SCHMOLDT
Siegfried Baske: Conradinum 1794—1945. Schule und Alumnat in Jenkau bei Danzig und in Danzig-Langfuhr
- 967 GERHARD KLUCHERT
Barbara Schneider: Die Höhere Schule im Nationalsozialismus. Zur Ideologie von Bildung und Erziehung

Dokumentation

- 971 Pädagogische Neuerscheinungen

Content

Topic: The Transformation of the School

- 801 DIETRICH BENNER/HANS MERKENS
An Introduction
- 811 PETER DREWER
Educational Systems and Expansion of Education in Germany.
On the development of their relation in historical Comparison
- 819 ANKE HUSCHNER
"Controlled" Admittance of the 'Abitur' during the 1970s
- 825 ANNE WESSEL
The Development of the Demand for Education during the Period of
Transition from the East German System to a Unified Western System
- 837 RENATE VALTIN/HEIDRUN ROSENFELD
Ten Years After the Fall of the GDR: A comparison of East and
West German parental attitudes towards school
- 847 HELMUT KÖHLER
Grades Achievement and Scholastic Success in the Schools of the
Former GDR
- 859 PETRA GRUNER/GERHARD KLUCHERT
Educational Objectives and Socialization Effects - The school of the
Soviet Occupied Zone and of the early GDR between political
instrumentalization and independent institutional logic
- 869 HENNING SCHLUSS
Intentions and Legitimization Strategies of Civic and of Political
Education

Further Contributions

- 879 CLEMENS ALBRECHT
Value Education and the Disputes on Value Judgement in the Sciences
The relevance of an old debate
- 893 WOLFGANG BÖTTCHER
The Feasibility of a Dialogue Between Pedagogics and Economics -
A discussion guided by the example of incentive systems and school
development

- 913 PETRA BUTZ/HEINZ REINDERS
Developmental Paths of Adolescents Between Transition and
Moratorium
- 929 LUDWIG HAAG/ULRIKE VON HANFFSTENGEL/HANS-DIETRICH DANN
Conflicts in the Minds of Teachers during Group Learning

Discussion

- 943 MANFRED LÜDERS
What About the Concept of Development? Or: What is pedagogical
action and how does it work? In reply to a contribution by PH. Ludwig
on the topic "Influence as an indispensable concept of every pedagogical
act"
- 951 *Book Reviews*
- 971 *New Books*

„Geregelter“ Zugang zum Abitur in den 1970er Jahren?

Zusammenfassung

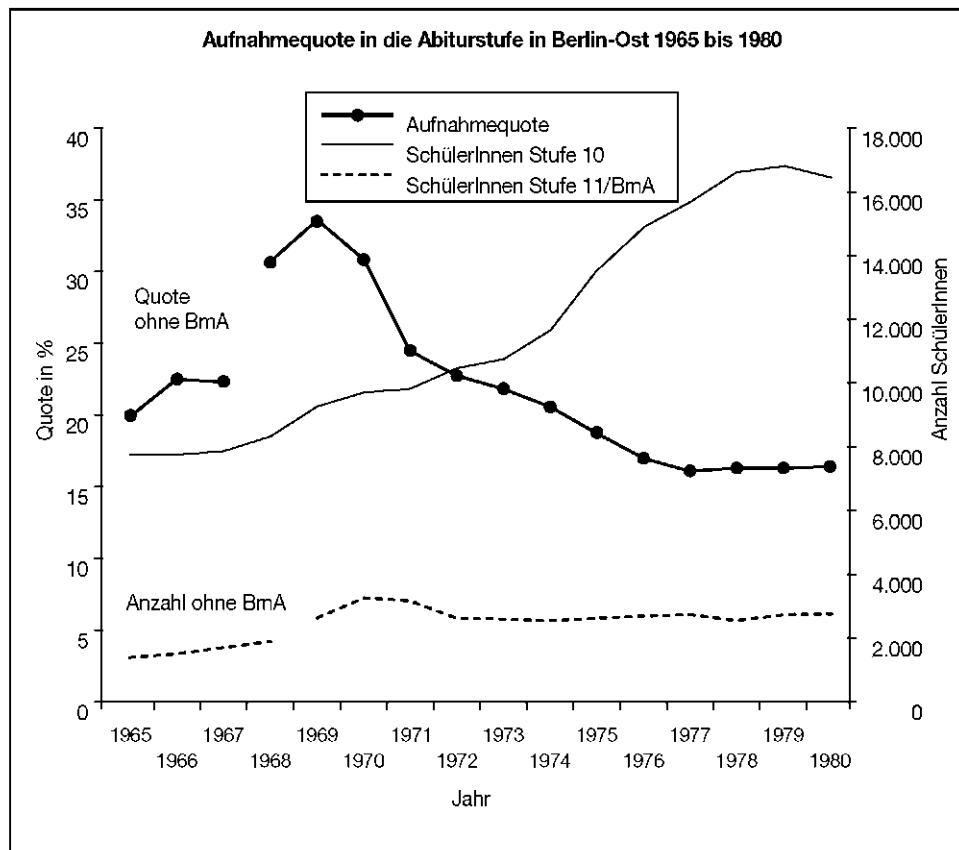
Seit Anfang der 1970er Jahre setzte die DDR-Bildungspolitik vorrangig auf eine zehnklassige Schulbildung sowie eine anschließende Berufsausbildung für die Mehrzahl der Jugendlichen. Die Aufnahmequoten in die Abiturstufe (Erweiterte Oberschulen und Berufsausbildung mit Abitur) bewegten sich bis Ende der 1980er Jahre auf relativ niedrigem Niveau. Die „Abitur-Nachfrage“ ließ sich jedoch nicht entsprechend dem „gesellschaftlichen Bedarf“ planen und steuern. Der Beitrag zeigt an ausgewählten Beispielen Folgen des „geregelt“en Zugangs zum Abitur auf die Auswahlpraxis und daraus resultierende „Anpassungsstrategien“ von Schülern und Eltern in den 1970er Jahren.

Noch 1970 lagen die Abiturientenquoten der DDR und der Bundesrepublik etwa auf gleicher Höhe. Während sie in der DDR dann bis Ende der 1980er Jahre - bezogen auf die Absolventen der Erweiterten Oberschule (EOS) und der Berufsausbildung mit Abitur (BmA) - bei etwa 12-14% der Altersjahrgänge eingefroren wurden, stiegen sie in der Bundesrepublik im gleichen Zeitraum auf über 30% (Arbeitsgruppe Bildungsbericht 1994, S. 212-214). Der in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre forciert betriebene Ausbau des Hochschulwesens in der DDR, die Steigerung der Zulassungszahlen und die damit „geweckte Bereitschaft unter bestimmten Teilen der Bevölkerung ein Hochschulstudium aufzunehmen“, entsprachen nach dem politischen Machtwechsel von ULBRICHT ZU HONECKER Anfang der 1970er Jahre nicht mehr den „volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten“.¹ Im Mittelpunkt der Bildungspolitik in der DDR standen nun die Realisierung der zehnjährigen Polytechnischen Oberschule (POS) und eine Berufsausbildung für die Mehrzahl der Jugendlichen (SCHREIER 1996, S. 134f; ANWEILER 1988, S. 109f).

Die „Abitur-Nachfrage“ ließ sich bis Ende der 1970er Jahre jedoch nicht entsprechend dem „gesellschaftlichen Bedarf“ steuern. Bestimmte soziale bzw. Berufsgruppen strebten - ungeachtet der neuen bildungspolitischen Orientierung - nach wie vor das Abitur und eine akademische Ausbildung für ihre Kinder an. Insbesondere Angehörige der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz seien schwer davon zu überzeugen, so ein Bericht der Hauptschulinspektion 1975, „dass nicht alle geeigneten Kinder in die V-Klassen aufgenommen werden können, und dass es nicht nur den Weg über die EOS gibt bzw. auch ihre Kinder einen Facharbeiterberuf erlernen können und sollten“².

1 Ministerium für Volksbildung (MfV): Information für das Sekretariat des ZK der SED über die Entwicklung der Anzahl der Abiturienten und der Studienplätze im Perspektivplanzeitraum 1971 bis 1975 und daraus entstehende Probleme und Konsequenzen, 12.4.1971. Bundesarchiv (BArch), DR-2, Nr. A. 2045.

2 MfV: Information über den Abschluss der Delegation in Vorbereitungsklassen (VK) 1975. BArch, DR-2, Nr. A. 2046.



Die Aufnahme in die sog. Vorbereitungsklassen (VK) der EOS (Stufen 9 und 10) war zwar nicht identisch mit jener in die Abiturstufe (Stufen 11 und 12), stellte in der Praxis aber eine wichtige Vorentscheidung dar; nur ein relativ geringer Teil der Übergänge in die 11. Klasse der EOS erfolgte nach der 10. Klasse der POS. Schüler aus Klassen mit erweitertem Russischunterricht sowie an KJS gingen in der Regel gleichfalls erst nach der 10. Klasse in die Abiturstufe über. Generell nach Abschluss der 10. Klasse fand die Aufnahme in die BmA statt. Die Aufnahmequote in die Abiturstufe wurde daher als Anteil der Schüler/innen in Stufe 11 der EOS (einschließlich Spezialschulen [SPS] und Kinder- und Jugendsportschulen [KJS]) sowie der Neuaufnahmen in die BmA an der Schülerzahl in Stufe 10 (POS, EOS, KJS, SPS) des Vorjahres berechnet (vgl. Abb.).

Seit Mitte der 1970er Jahre nahm der Druck auf die Vorbereitungsklassen der EOS aufgrund wachsender Jahrgangsstärken zu. Über 90% der seit Mitte der 1960er Jahre Eingeschulten erreichten den Abschluss der 10. Klasse, und die Zahl der für die Abiturstufe geeigneten Schüler erhöhte sich. Auswirkungen des „geregelten“ Zugangs zum Abitur auf die Auswahlpraxis und daraus resultierende „Anpassungsstrategien“ von Schülern und Eltern sollen an vier Beispielen gezeigt werden.

1. Durch die reduzierten bzw. geringen Aufnahme zahlen verschärften sich bereits vorhandene regionale, soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten beim Zugang zum Abitur.

Zwischen „Ballungsgebieten mit einer starken Konzentration von Angehörigen der Intelligenz“ und „weniger entwickelten Territorien“ bestand ein deutliches Gefälle. Vornehmlich in Landkreisen war es schwierig, die erforderlichen Aufnahmen in die VK quantitativ und qualitativ zu sichern. In „wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zentren“ war hingegen von einer ständigen „Drucksituation“ in Bezug auf die Abiturstufe die Rede. Bei der Festlegung der Planzahlen für die einzelnen Kreise sollte deren Spezifika zwar Rechnung getragen, die Differenzierungsbreite beim Anteil der Schüler in Klassenstufe 11 jedoch nach Möglichkeit nicht vergrößert werden. Die Umsetzung der offiziellen Vorgaben konnte auch von Schule zu Schule differieren. So wurde seitens des Ministeriums für Volksbildung moniert, dass in einer Reihe von Kreisen der größte Teil der Vorschläge und Anträge immer aus bestimmten Schulen käme, während andere über Jahre nur einzelne, oftmals sogar überhaupt keine Vorschläge einreichten.³

Bei den Zulassungen zur Abiturstufe sollte neben der sozialen Struktur der Bevölkerung und des Territoriums auch ein ausgewogenes Verhältnis von Jungen und Mädchen Beachtung finden. Der Jungenanteil an den EOS lag in den 1970er Jahren zwischen 45 und 48% (BmA 60-65%). Viele geeignete Jungen, insbesondere aus Arbeiterfamilien, zogen jedoch eine BmA vor, weil bei Nichterhalten eines Studienplatzes der Facharbeiterabschluss gesichert war. Besonders in „ökonomischen Schwerpunktgebieten“ strebten Jungen auch lieber eine Berufsausbildung mit anschließendem Fachschulbesuch an, weil sie damit früher über eigenes Einkommen verfügten, das zudem nicht schlechter als das von Hochschulabsolventen ausfiel.⁴ Zudem standen Jungen in Bezug auf Leistungsbild, Verhalten und gesellschaftliche Aktivität oftmals hinter den Mädchen zurück. In der Auswahlpraxis wurden aber aufgrund der Vorgaben für den Jungenanteil nicht selten „Mädchen mit sehr guten Leistungen abgelehnt, aus der gleichen Klasse aber Jungen mit gerade noch guten Leistungen für den Besuch der V-Klassen überzeugt“. Daraus resultierten zwangsläufig die in vielen Eingaben enthaltenen Vorwürfe der Benachteiligung von Mädchen.⁵

2. Die Planvorgaben für die Abiturstufe bzw. die Hochschulzulassungen kollidierten mit jenen zur Gewinnung des „militärischen Berufsnachwuchses“.

Ab 1973 hatten alle tauglichen Abiturienten ihren Wehrdienst vor dem Studium abzuleisten, was Forderungen des Verteidigungsministeriums entsprach,⁶ und zugleich die Studienbewerbersituation kurzfristig entspannen sollte. Dies

3 MfV: Aufnahmen in die VK zum 1.9.1977. BArch, DR-2, Nr. A. 2045.

4 MfV: Information über die Aufnahmen in die VK zum 1.9.1978. BArch, DR-2, Nr. A. 2045.

5 Wie Anm. 3.

6 Wie Anm. 1.

erforderte aber eine Erhöhung von sog. Vorimmatrikulationen für spätere Jahre. Für das Studienjahr 1974/75 war z.B. bereits ein Drittel der verfügbaren Studienplätze hierdurch gebunden; Grenzwert waren 40% (RICHTER 1973, S. 22), d.h. das Bewerberproblem war nur zeitlich verlagert worden.

Bis 1976 sollte die EOS 60, die BmA aber nur 20 Prozent der benötigten Offiziersbewerber stellen, obwohl dies dem Jungenanteil in beiden Bildungswegen nicht entsprach.⁷ Die Aufnahme von Jungen in die VK wurde von den Zulassungskommissionen daher nicht selten von deren Bereitschaft abhängig gemacht, Offizier zu werden oder drei Jahre, d.h. als Soldat auf Zeit, zur Armee zu gehen. Oder Bewerber mit dem Berufswunsch Offizier wurden sofort für die VK bestätigt.⁸ Zwar war in diesem Zusammenhang von „vereinzeltten Überspitzungen“ die Rede, aber ein Brief MARGOT HONECKERS an die Schulräte vom Januar 1975, in dem die strikte Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen gefordert wurde,⁹ spricht eher für eine durchaus übliche Praxis (vgl. auch GEISSLER/WIEGMANN 1997, S. 113f.; HAHN 1997, S. 119f.). Ab 1977 sollte dann nur noch knapp die Hälfte der Offiziersbewerber über die EOS rekrutiert und zudem über die geplante Zahl der Übergänge in die 11. Klasse hinaus aufgenommen werden.¹⁰

Auch bei der Studienlenkung wurde männlichen Bewerbern oftmals die „Verpflichtung“ zu einem dreijährigen Dienst in der NVA abverlangt. Allein im Schuljahr 1981/82 hatte sich in Berlin knapp die Hälfte der männlichen Abiturienten hierzu bereit erklärt. An einzelnen EOS lagen die Werte noch höher. In den Stadtbezirken gab es seitens der SED-Kreisleitungen und der Wehrkreiskommandos diesbezüglich unterschiedliche Forderungen an die Kreis schulräte und die EOS-Direktoren. Aus „Verunsicherung“ würden einige von ihnen daher - wie es hieß - um die „100%ige Gewinnung der Jungen für den 3-jährigen Ehrendienst in der NVA kämpfen“¹¹

3. *Unter den Entscheidungskriterien für die Aufnahme in die VK bzw. Abiturstufe spielten die von den Schülern angegebenen Studienwünsche eine wesentliche Rolle.*

Ungeachtet der langfristigen Studienlenkung durch die Schulen gab es in einer Reihe von Fachrichtungen ständig eine zu hohe Bewerberzahl, während vornehmlich in technischen Fächern und bestimmten Fachkombinationen des Lehrerstudiums zahlreiche Plätze nicht besetzt werden konnten. Einzelne EOS übten Druck auf Schüler bzw. deren Eltern aus, indem sie die Zulassung zur 11. Klasse ablehnten, wenn der Bewerber den Wunsch nach einer überlaufenen

7 MfV: Informationen der Bezirksschulräte zu einigen Fragen der Entwicklung der Abiturstufe, 9.3.1976. BArch, DR-2, Nr. A. 3073.

8 Vgl. z.B. MfV: Eingabenanalysen 1.1.-31.3.1972 und 1.7.-31.12.1976. BArch, DR-2, Nr. A. 7033.

9 BArch, DR-2, Nr. A. 2046.

10 1975 und 1976 waren bereits etwa 20 Prozent der in die VK 9 aufgenommenen Jungen bestätigte Offiziersbewerber. Wie Anm. 7.

11 MfV: Information über die Gewinnung von [Berliner] Abiturienten für den 3-jährigen Ehrendienst in der NVA, 15.1.1982. BArch, DR-2, Nr. A. 3101.

Studienrichtung äußerte. So wurden z.B. Schüler mit dem Studienwunsch *Medizin* abgelehnt, aber in Aussicht gestellt, wenn man *Offizier* oder *Mathe/Physik-Lehrer* werden wolle, dann wäre eine Aufnahme möglich.¹² Abgesehen davon, dass der Studienwunsch bei vielen Schülern noch gar nicht endgültig feststand, konnte es daher von Vorteil sein, statt der gewünschten und vielleicht überlaufenen Studienrichtung eine volkswirtschaftlich gefragte anzugeben. Obwohl ganz offensichtlich die Gefahr spekulativer Angaben bestand, was auch innerhalb des MfV eingeräumt wurde, änderte sich am Stellenwert dieses Kriteriums wenig.¹³ Noch für den Abiturjahrgang 1988 musste man feststellen, dass sich rund 1500 Schüler weniger für ein Lehrerstudium beworben hätten, als mit diesem Berufswunsch in der 10. Klasse für den EOS-Besuch bestätigt worden waren.¹⁴

4. *Ausdruck der von zahlreichen Eltern nicht akzeptierten Auswahlgrundsätze für die VK bzw. die Abiturstufe war die zunehmende Zahl von Anträgen der Eltern¹⁵ (versus Delegierungsvorschläge der Schule) sowie von Eingaben.*

Auch Klassenleiter empfahlen Eltern „eigenmächtig“ Aufnahmeanträge und rieten sogar zu Einsprüchen gegen die Entscheidung des Schulrates. Nicht selten vertraten Direktor, Klassenleiter und FDJ-Leitung, aber auch Schule und SED-Kreisleitung abweichende Meinungen über die aufzunehmenden Schüler.

Die Hauptabteilung Unterricht II im MfV zählte allein von 1973 bis 1976 jährlich rund 250 Eingaben, von denen sich jeweils weit über die Hälfte auf die abgelehnte Aufnahme in die VK bzw. EOS sowie die BmA bezog. In der Eingabenanalyse 1976 wird zur Begründung angeführt: „Es besteht die objektive Tatsache, dass viel mehr geeignete Schüler in den Oberschulen vorhanden sind und den Wunsch haben, eine Berufsausbildung mit Abitur aufzunehmen oder eine EOS zu besuchen, als Plätze zur Verfügung stehen. Die Aufnahmekommissionen in den Kreisen stehen vor der komplizierten Aufgabe, aus einer großen Anzahl von Schülern, die annähernd das gleiche Leistungsbild (schulische Leistungen, gesellschaftlicher Einsatz, Verhalten) aufweisen, die laut Volkswirtschaftsplan vorgesehene Anzahl auszuwählen. Die meisten Eingaben zeigen, dass die Ablehnung aus Kontingentgründen erfolgt ist.“ Zwar sah sich das MfV zu einzelnen „Zugeständnissen“ gezwungen. So konnten die Schulräte z.B. pro VK zwei Schüler mehr aufnehmen, um „berechtigte Härtefälle“ zu korrigieren. Durch die Beibehaltung der Aufnahmezahl für die Klasse 11 im Jahr 1978 statt der geplanten Verringerung konnten gleichfalls ein Teil der Eingaben positiv beschieden sowie „auch einige Härtefälle in industriellen Bal-

12 Vgl. z.B. MfV: Eingabenanalyse 1.1.-30.6.1974. BArch, DR-2, Nr. A. 7033.

13 Von den 1979 in der 11. Klasse befindlichen rund 1800 Berliner Schülern hatten immerhin 387, d. h. über 20%, den Berufswunsch Lehrer angegeben, davon 42 Direktübergänger nach der 10. Klasse der POS.

14 MfV: Zu Ergebnissen der Studienbewerbungen des Abiturjahrganges 1988 und zur Arbeit mit den abgelehnten Bewerbern. BArch, DR-2, Nr. K. 1350.

15 Elternanträge auf Aufnahme in die VK 9 in Berlin 1976: 270; 1977: 309; 1978: 336 (120 Einsprüche). Bezirk Cottbus 1978: 136 Anträge, davon 102 abgelehnt. Wie Anm. 4.

lungsgebieten und kulturellen Zentren abgefangen" werden. In den meisten „normalen" Fällen blieb es bei der Ablehnung.¹⁶

Die Zahl der Delegierungen und Anträge für die Aufnahme in die VK bzw. die Abiturstufe, aber auch die Zahl der Eingaben stellen jedoch nur ein begrenzt aussagefähiges Kriterium für den wirklichen Bedarf dar. Die Vorschläge der Schulen orientierten sich an den Planvorgaben. Um die Zahl der Elternanträge bzw. der Ablehnungen möglichst gering zu halten, wurden bereits im Vorfeld mit vielen „prinzipiell geeigneten Schülern" sowie deren Eltern Gespräche geführt.¹⁷ Von den nicht delegierten, gleichwohl am Besuch der Abiturstufe interessierten und hierfür auch geeigneten Schülern verzichteten viele daher von vornherein oder nach „intensiven Aussprachen" auf einen Antrag mangels Aussicht auf Erfolg.

Literatur

- ANWEILER, O.: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR. Opladen 1988.
 Arbeitsgruppe Bildungsbericht am MPI für Bildungsforschung: Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick. Reinbek bei Hamburg 1994, S. 212-214.
 GEISSLER, G./WIEGMANN, U.: Wehrfähig und allseitig. Zu einigen Aspekten der schulischen Wehrerziehung in der DDR. In: S. HÄDER/H.-E. TENORTH, (Hrsg.): Bildungsgeschichte einer Diktatur. Weinheim 1997, S. 99-118.
 HAHN, M.: Im Getriebe des DDR-Systems. Als „Nachwuchswissenschaftler" zwischen Anpassungszwängen und Widerstehen. In: K.H. POHL (Hrsg.): Historiker in der DDR (Kleine Vandenhoeck-Reihe, 1580), Göttingen 1997, S. 113-145.
 RICHTER, X: Vergleich ausgewählter bildungsökonomischer Kennziffern der beiden Wege zur Hochschulreife (EOS und Berufsausbildung mit Abitur), März 1973 (Forschungsbericht des Instituts für Ökonomie und Planung des Volksbildungswesens). Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung/Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung/Archiv, Signatur APW Nr. 6975.
 SCHREIER, G.: Förderung und Auslese im Einheitsschulsystem. Debatten und Weichenstellungen in der SBZ/DDR 1946 bis 1989. Köln/Weimar/Wien 1996.

Abstract

Since the beginning of the 1970s, the educational policy of the GDR focussed primarily on a ten-year school education followed by vocational training for the majority of the adolescents. The enrolment quota for the final years preparing for the Abitur (extended secondary school and vocational training with Abitur) remained on a rather low level up to the end of the 1980s. However, it was impossible to plan and control the "demand for the Abitur" according to the "social need". On the basis of selected examples, the author reveals the effects of "controlled" admittance to the Abitur on the selection practice and the resulting "adaptation strategies" developed by students and parents during the 1970s.

Anschrift der Autorin:

Dr. Anke Huschner, Ahrenshooper Str. 53, 13051 Berlin.

16 Vgl. MfV: Eingabenanalysen 1.7.1969 bis 31.12.1976. BArch, DR-2, Nr. A. 7033.

17 In Berlin war z.B. die Zahl der abgelehnten Bewerber für die VK von 314 im Jahre 1973 auf 199 im Jahr darauf gesunken. Durch intensive Arbeit an den Schulen sei erreicht worden, „daß über die Delegierungsvorschläge hinaus nur 175 Anträge von Eltern gestellt" wurden. Im Jahr darauf zählte man wiederum 316 Ablehnungen. MfV, Hauptschulinspektion, Information über den Abschluss der Delegierung in VK 1974 bzw. 1975. BArch, DR-2, Nr. A. 2045 und A. 2046.